

„Wir brauchen Innovationen für

Über den Gesprächspartner

Christoph J. Stresing (im Bild oben), Studium in Rechtswissenschaften, ist seit Mai 2019 Geschäftsführer des Bundesverbands Deutsche Startups e.V. Zuvor war er zunächst von 2010 an Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Bundestag und wechselte dann als stellvertretender Geschäftsführer und Leiter politische Kommunikation in den Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften e.V. (BVK).



unsere Wettbewerbsfähigkeit.“

Über die Zukunft des Standorts Deutschland und seine Rolle bei der Entwicklung und Vermarktung von Zukunftstechnologien wird schon lange diskutiert. Doch spätestens das Thema KI hat gezeigt: Es muss sich etwas ändern – etwa bei den Rahmenbedingungen für Startups. Was das sein könnte, besprachen bdvb Präsident Willi Rugen, Christophe Darley vom Regionalverband Berlin/Brandenburg und Christoph J. Stresing, Geschäftsführer des Bundesverbandes Deutsche Startups, im gemeinsamen Gespräch.

Willi Rugen: Gestern hat die Börsenzeitung in Frankfurt am Main den Finanzplatztag veranstaltet. Und wieder ist sichtbar geworden, wie wichtig die Finanzmärkte sind. In Deutschland beispielsweise halten nur 18 Prozent der Bevölkerung Aktien, in den USA sind es weit über 50 Prozent. Der Kapitalmarkt und das Thema Risikokapital haben dort eine wesentlich höhere Akzeptanz in der Gesellschaft. Und wenn man sich die Indizes wie z.B. den MSCI World ansieht, dann stammen ca. 70 Prozent der Werte aus den USA und nur 2,8 Prozent aus Deutschland. Daran kann man zweierlei ablesen: Einmal, wie wenig leistungsfähig unser Kapitalmarkt-Ökosystem ist, und zweitens, wie fragmentiert die europäischen Finanzmärkte sind. Dabei stellen sie einen wichtigen Standortfaktor für Neugründungen und Innovationen dar. Ist diese Diskrepanz ein Grund, warum Sie eine Innovationsagenda 2030 aufgestellt haben?

Christoph Stresing: Ja, auch. Mit unserer „Innovationsagenda 2030 – Weltklasse made in Germany“ wollten wir zeigen, dass Deutschland sehr viele Stärken hat. Die Idee war, im September 2024, ein Jahr vor den regulären Bundestagswahlen, eine Agenda vorzulegen, die Eingang in die Parteiprogramme finden kann. Nun haben die Wahlen längst stattgefunden. Aber wir sehen jetzt mehr denn je, wie wichtig es ist, das in Deutschland vorhandene Innovationspotenzial stärker zu aktivieren. Als ressourcenarmes Land sind wir auf Innovation angewiesen, um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

Willi Rugen: Einige Institutionen für diesen Zweck gibt es bereits. Ich denke da an die KfW, an den High-Tech-Gründer-Fonds oder die Bundesagentur für Sprunginnovationen, „SPRIND“. Welche Rolle spielen sie aktuell?

Christoph Stresing: Sie spielen eine wichtige Rolle. Wenn wir auf SPRIND schauen: Mit dem SPRIND-Freiheitsgesetz wurde mehr Flexibilität bei Sprunginvestitionen geschaffen. Beim High-Tech-Gründer-Fonds wurden kürzlich die Opportunity Fonds aufgelegt, um stärker in die Wachstumsphasen vorzudringen. Es ist in den vergangenen Jahren schon viel im Bereich der Finanzierungsinstrumente angepackt worden, aber wir müssen jetzt dranbleiben. Genau dafür liefert unsere Innovationsagenda konkrete Impulse.

Christophe Darley: Um wirklich breit aufgestellt zu sein, um wachsen und etwas bewirken zu können, brauchen all diese Initiativen privates Kapital. Finden in nennenswertem Ausmaß private Investitionen statt?

Christoph Stresing: Das ist der Knackpunkt. Es ist unverzichtbar, das private Kapital, insbesondere von institutionellen Investoren, zu mobilisieren. Unsere Venture Capital-Fonds müssen großvolumiger werden, damit auch mehr große Finanzierungsrunden gestemmt werden können. Die Entwicklung geht in diese Richtung, aber wir müssen den Teufelskreis durchbrechen, dass Investoren, die viel Kapital bereitstellen könnten und wollen, nicht in Fonds investieren können, weil diese schlicht zu „klein“ sind. Im Ergebnis stärken wir damit nicht nur die Finanzierung von Startups, sondern ermöglichen gleichzeitig mittelbar eine viel breitere Teilhabe.

Willi Rugen: Die bestehende Regulierung ermöglicht sogar Privatpersonen, kleinere Beträge zu investieren. Da stecken wir aber noch in den Kinderschuhen. Meines Erachtens gibt es noch kein nennenswertes Investitionsvolumen und keine erwähnenswerten Fonds in diesem Bereich. Richtig?

Christoph Stresing: Ja, genau: In erster Linie kommt das Kapital von institutionellen Investoren wie Versicherungen. Diese Investoren sind hierzulande erheblich zurückhaltender als etwa in den USA. Bereits der Name „Risiko-Kapital“ klingt für Investoren ja wenig erfolgversprechend – eigentlich müsste es Chancen-Kapital heißen, denn das Chancen-Risiko-Profil der Anlageklasse Venture Capital ist sehr attraktiv.

Willi Rugen: Das Kapital steckt vor allem deshalb in Staatsanleihen, weil unsere Vorgaben sehr restriktiv sind. Während Versorgungswerke in anderen Ländern 40 bis 50 Prozent in Risikoanlagen investieren können, ist das bei uns deutlich weniger. Inwieweit bezieht Ihre Innovationsagenda 2030 Stellung gegenüber den Anlagevorschriften für unsere Kapitalsammelstellen?

Christoph Stresing: Grundsätzlich dürfen alle institutionellen Investoren in Venture Capital investieren, doch teilweise müssen sie dafür sehr viel Eigenkapital hinterlegen. Hier sollte man die Regulierung entsprechend anpassen, um die Anlageklasse attraktiver zu machen. Neben dem regulatorischen Aspekt ist uns zudem wichtig: Wir brauchen mehr Transparenz. Etwa zum gerade angesprochenen Chancen-Risiko-Profil. Der Europäische Investitionsfonds (EIF) beispielsweise steht für 30 Jahre Investitionserfahrung in Venture Capital. Wenn wir diesen Track-Record sichtbar machen, fördert das Verständnis und schafft Vertrauen. Ein interessantes Beispiel gibt es übrigens in Italien: Dort will man Investitionen in Venture Capital mit Hilfe eines steuerlichen Anreizes anschieben. Das könnte auch für uns ein Modell sein, weil es privates Kapital intelligent hebt.



Willi Rugen: Auf dem Finanzplatz-Tag wurden die Themen Solvency und die Anforderungen an die Eigenkapitalanrechnung ähnlich diskutiert. Die Quintessenz war, dass wir aktuell überregulieren, was einen Wettbewerbsnachteil gegenüber den USA darstellt. Überhaupt hat der Finanzplatz sich Gedanken gemacht und sogar ein Finanzplatzkabinett als Interessensvertretung gegründet. Jetzt geht es darum, dass alle Verbände und Stakeholder mit der Politik in einen Dialog treten, damit sich wichtige Anliegen in einem Koalitionsvertrag wiederfinden.

Christoph Stresing: Ja, absolut. Und allein der Umstand, dass wir über die Wachstumsfinanzierung reden, zeigt, dass wir in der Frühphase grundsätzlich ganz gut aufgestellt sind. Weil Venture Capital Fonds renditeorientiert investieren, braucht es vor allem auch attraktive Exit-Möglichkeiten. Startup und Kapitalmarkt liegen deshalb näher beieinander, als viele denken. Die von ihnen angesprochene Fragmentierung der Finanzmärkte in der EU ist insofern eine große Herausforderung. Es gibt z.B. zu viele Handelsplätze. Hier sollten wir zu einer Vereinheitlichung kommen.

Christophe Darley: Einen weiteren Punkt halte ich für wesentlich: Unternehmen müssen skalieren können; mit dem EU-Bin-

nenmarkt als Absatzmarkt haben sie beste Voraussetzungen. Die Unternehmen müssen aber auch entlang der Finanzierung skalieren können. Braucht es nicht einen Finanzbinnenmarkt, der diese Skalierung ermöglicht? Ich finde immer wieder interessant, dass Länder wie Frankreich und Italien es im gleichen Rechtsrahmen der EU besser hinbekommen als Deutschland. Wir reden in der EU inzwischen seit über zehn Jahren über die Kapitalmarktunion und verstecken uns hinter diesem Wort, ohne etwas voranzubringen. Welche konkreten Schritte müssen auf nationaler Ebene gegangen werden, können die Beispiele Frankreichs und Italiens auf Deutschland übertragen werden?

Christoph Stresing: Absolut, genau das war die Ausgangsfrage, die zur „Initiative Wachstums- und Innovationskapital für Deutschland“ – kurz: WIN – führte. In Abstimmungen mit Stakeholdern ging es darum, bestehende Investitionshemmnisse auf nationaler Ebene ausfindig zu machen und Maßnahmen zur Beseitigung zu ergreifen. Die beteiligten Institutionen haben in diesem Zuge Investitionen in Höhe von zwölf Milliarden Euro bis 2030 in Aussicht gestellt. Ich sehe es bereits als einen Erfolg, dass sich institutionelle Investoren hochkarätig mit der Anlageklasse befasst haben. Denn aktuell macht sie noch nur ca. 0,3 Pro-

zent des Gesamtvolumens bei Versicherungen aus und liegt damit unterhalb der Relevanzschwelle. Das hat sich mit WIN geändert. Das war schon ein guter Spirit, der von WIN ausgegangen ist. Jetzt, kurz vor Beginn einer neuen Legislaturperiode, brauchen wir wieder eine Aufbruchsstimmung. Sie ist heute mehr denn je vonnöten, weil wir am Anfang einer neuen Legislaturperiode stehen und die Herausforderungen größer sind als je zuvor.

Willi Rugen: Digitalisierung und KI spielen eine immer wichtigere Rolle auch bei den neuen Geschäftsmodellen hier in Deutschland. Doch es fehlt der öffentliche Auftraggeber. In anderen Ländern sehen wir, dass die öffentliche Hand häufig als Testanwender fungiert und so dabei unterstützt, Märkte zu entwickeln, in denen Startups wachsen können. Sehen auch Sie hier einen Rückstand?

Christoph Stresing: Wir befassen uns in unserer Innovationsagenda auch intensiv mit der Rolle des Staates. Denn ein starkes Startup-Ökosystem braucht einen leistungsfähigen Staat. Wir haben uns beispielsweise gefragt, wo der Staat besser und schneller werden kann, denn oft stehen bürokratische Anforderungen einer erfolgreichen Unternehmensentwicklung im Weg. Der Staat sollte zum Innovations-

treiber werden, unter anderem indem er Leistungen von Startups einkauft – wir schlagen eine „Quote“ von rund 5 Prozent des gesamten Einkaufsvolumens vor. Und auch im Bereich von DeepTech sollte der Staat in einer frühen Phase viel stärker ganz gezielt als Käufer auftreten, damit z.B. Pilotprojekte bei uns realisiert werden können. Passiert das nicht, werden die entsprechenden Unternehmen Deutschland verlassen, um anderswo attraktivere Rahmenbedingungen zu nutzen. Das kann nicht in unserem Interesse sein.

Christophe Darley: Neben der Rolle des Staates als Ankercunde für Startups geht es doch auch darum, Startups in die industriellen Wertschöpfungsketten zu integrieren. Die Rede ist von der Transformation der Wirtschaft. In manchen Branchen lassen sich Unternehmen nicht so einfach „transformieren“. Sie könnten von Startups profitieren.

Christoph Stresing: Definitiv. Innovation muss nicht immer von innen kommen. Unsere industrielle Basis ist unsere große Stärke, aber viele Unternehmen sind schwerfällige Tanker und können Verstärkung durch kleine Schnellbote gut gebrauchen. Gerade der Mittelstand kann von der Zusammenarbeit mit Startups profitieren, wettbewerbsfähiger und besser werden. Leider sehen wir in der letzten Zeit aber eher einen Rückgang an Kooperation. Aufgrund wirtschaftlichen Drucks scheinen viele Unternehmen derzeit mehr Wert auf kurzfristige Kostensenkungen zu legen. Auf lange Sicht kann sich das rächen. Startups selbst können aber auch etwas dazu beitragen, indem sie sich z.B. an den konkreten Bedarfen orientieren.

Willi Rugen: Wir müssen noch über Universitäten sprechen, über Forschung und Entwicklung. Es gibt hervorragende Hochschulen wie z.B. die TUM in München, die TUs in Erlangen und Berlin oder die ETH in Zürich, die im Innovationscluster Heilbronn mehr als 20 Stiftungslehrstühle innehaben wird. Wie wichtig sind solche Innovationscluster für die zukünftige Entwicklung?

Christoph Stresing: Wir haben großartige Hochschulen und Forschungsinstitute mit einem riesigen Potenzial – Fraunhofer, Leibniz, Max Planck, Helmholtz. Wir müs-

sen aber den Transfer erleichtern und mehr Ausgründungen aus der Forschung ermöglichen und die Erfindungen damit für Gesellschaft und Wirtschaft besser nutzbar machen.

Willi Rugen: Interessanterweise haben die deutschen Max-Planck-Institute im Verlaufe ihrer Zeit alleine mehr Nobelpreisträger hervorgebracht als die großen Eliteuniversitäten dieser Welt ...

Christoph Stresing: Das mag sein. Aber wenn man fragt, wie viele Unicorns (nicht-börsennotierte Startups mit einer Bewertung von mehr als einer Milliarde US-Dollar, Anm. d. Red.) aus den deutschen Forschungsinstituten hervorgegangen sind, fällt die Antwort ganz anders aus. Und genau das meine ich: Wir müssen wissenschaftliche Expertise nutzbar machen. In der Forschung sind wir super, aber der Transfer durch Unternehmensausgründungen in die Wirtschaft funktioniert nicht gut genug. Die Voraussetzungen sind also da, aber wir müssen sie auch nutzen.

Willi Rugen: Wenn wir das jetzt nochmal ins Verhältnis zum AI Act der Europäischen Union setzen: Das ist doch sicher bei

Ihnen auch ein Thema. Wir regulieren gerade einen dynamischen und wachsenden Markt und nehmen Unternehmen die Chance, zu den Technologieführern aus weniger regulierten Ländern aufzuschließen. Oder?

Christoph Stresing: Der AI Act ist ein gutes Beispiel dafür, dass wir in Deutschland und Europa meistens eher an Gefahren denken als an Chancen. Der AI-Act ist in Brüssel jetzt durch. Aber bei der Umsetzung in deutsches Recht muss genau hingeschaut werden, damit wir hier die Unternehmen nicht zu sehr zu belasten. Ein Beispiel: Wenn wir über personenbezogene Daten im AI-Kontext reden, müssen wir gewährleisten, dass nicht zusätzlich zur Bundesnetzagentur noch 17 Landesdatenschutzbehörden mitmischen. Sonst haben wir schnell eine Doppelaufsicht, die vor allem Rechtsunsicherheit schafft. Zudem muss berücksichtigt werden, dass es fast immer kleinere Unternehmen sind, die überproportional durch Regulierung belastet werden. Das darf nicht zum Innovationshindernis werden.

Willi Rugen: Herr Stresing, vielen Dank für dieses Gespräch.

